

## KURZ UND PRÄGNANT

### Neue Studie zur Medienanpassung

Vor zwei Jahren haben sich auch Mitglieder der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag an einer wissenschaftlichen Befragung beteiligt. Wie stark sich Politiker den Spielregeln der Medien anpassen, so lautete damals die Frage, der sich Nachwuchsforscher Daniel Pontzen für seine Dissertation widmete. Insgesamt konnte er 1.036 Parlamentarier (732 Landtags-, 201 Bundestags- und 103 Europaabgeordnete) zu Antworten motivieren. Seine Untersuchungsergebnisse liegen nun vor.

Die vielfach beklagte stetige Zunahme der Medialisierung (also eine sich permanent ausweitende Anpassung von Politikern an die Spielregeln der Medien) sowie eine damit einhergehende schleichende „Entkernung“ des politischen Prozesses, lasse sich nicht belegen, konstatiert Pontzen. Das Fazit seiner Untersuchung: Die medialen Fähigkeiten ersetzen die der Politikerherstellung nicht, sondern ergänzen sie. Pontzen verweist allerdings auch darauf, dass dargestellte Sachkompetenz bei Politikern nicht selten wichtiger sei als tatsächliche, die Skandalisierung des politischen Gegners ein gängiges Mittel sei und die Talkshow vor allem als Bühne zur Selbstdarstellung genutzt werde.

Die komplette Studie ist unter dem Titel „Politiker in der Medialisierungsspirale? Eine Abgeordneten-Befragung auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene“ im Tectum-Verlag erschienen.

Stefan Wogawa ■

### Nicht nur warme Worte zum Kindertag

„Wir wünschen uns für die Kinder in Thüringen, dass sie künftig in den Kommunen mehr zu sagen haben und die Politik Methoden findet, um Kinder angemessen an ihren Entscheidungen zu beteiligen“, so MdL Matthias Bärwolff anlässlich des Internationalen Kindertages. „Neben einer Senkung des Wahlalters fordern wir, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen institutionell auszubauen“, so der kinderpolitische Sprecher. Auch das Thema Kinderschutz ist weiter im Fokus der Linksfraktion: „Die Forderung von Grünen und FDP, das Gesetz über die Früherkennungsuntersuchungen zu verändern und Eltern künftig nicht mehr zentral einzuladen, um damit Kosten zu sparen, lehnen wir ab. Kinderschutz kostet Geld und dieses Geld ist gut angelegt. Was wir brauchen, ist zusätzlich ein Ausbau der Kitas zu Eltern-Kind-Zentren, damit auch die Eltern eingebunden werden können.“ ■

# Solarindustrie und Sozialismus chinesischer Prägung

**Eine große Thüringer Delegation mit Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht, den Vorsitzenden der Landtagsfraktionen und Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur reiste in der letzten Mai-Woche nach China. Es wurden zahlreiche Gespräche geführt und Vereinbarungen getroffen zur wirtschaftlichen und auch wissenschaftlichen sowie kulturellen Zusammenarbeit, wie z.B. zwischen der TU Ilmenau und der Tongji Hochschule in Shanghai.**

China gehört zu den wichtigsten Handelspartnern Thüringens, die vom Freistaat einzubringenden Potentiale erstrecken sich vom Maschinen- und Fahrzeugbau, der Medizintechnikherstellung, den Umwelt- und Informationstechnologien bis hin zur Ernährungsindustrie. Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Bodo Ramelow, hielt über Twitter und sein Web-Tagebuch die Interessierten zu Hause auf den Laufenden und sorgte dabei auch für Heiterkeit, als er z.B. dieses Tischkarten-Foto (mit Mike Mohring, dem CDU-Fraktionsvorsitzenden) schickte.

*Sehr zu empfehlen sind Bodo Ramelow's Web-Tagebucheinträge. Hier Auszüge aus denen vom 29. Mai:*

Nun also Peking – dritter Tag unserer

China-Reise. Der erste Termin findet im Volkskongress statt, ein Gespräch mit dem Vizevorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses, Herrn Xiu Fujin. Frau Lieberknecht bemüht sich, schnell auf das Thema Solarindustrie zu sprechen zu kommen. Schließlich habe der neugewählte chinesische Staatschef gerade angekündigt, dass es einen gemeinsamen Weg geben soll.

Die Ministerpräsidentin stellt Thüringen als Standort der Solarproduktion vor und wirbt für eine Einigung beider Seiten, bevor in Brüssel über mögliche Strafzölle entschieden wird. Unser Gesprächspartner zeigt sich offen, bleibt in seinen Äußerungen aber auch sehr diplomatisch: Es müsse ein gemeinsa-



mes Handeln geben, denn auch China braucht selbst mehr regenerative Energien.

Im weiteren Verlauf spricht Herr Xiu Fujin dann von sich aus ganz offen über den Kampf gegen die Korruption in seinem Land und über das Modell

des „Sozialismus chinesischer Prägung“. Es entwickelt sich ein recht offenes Gespräch über Gerechtigkeit, Rechtssicherheit von Bürgern und damit auch über deren Freiheitsrechte. Dabei fallen einigermaßen verblüffende Sätze wie: „Wir haben eine 5000-jährige Entwicklung und wir haben festgestellt, dass der sozialistische Weg der beste für uns und unser Land ist.“ Mit dem Bild der riesigen Städte vor Augen, in denen Werbetafeln das Stadtbild prägen, fällt mir zumindest optisch die Abgrenzung von westlichen, kapitalistischen Zentren sehr schwer.

Auch wenn das Wort Menschenrechte nicht direkt fällt, ist es wohl doch der Mittelpunkt des Gesprächs. Das wird insbesondere bei den Themen Offenheit, Kritikfähigkeit und der Rolle des Internets deutlich. Für Xiu Fujin ist wichtig, dass nicht westliche Maßstäbe entscheidend sein können, sondern nur gemeinsames Lernen und Entwickeln helfe hier weiter. Er sieht China auf dem Weg zu einem Rechtsstaat, der seinen Bürgern immer Rechtssicherheit gewähren will. Dies sei noch ein langer Lernprozess.

Am Ende des Gesprächs verweist er auf Konfuzius: Man solle immer tolerant und offen sein, um sich kennenlernen zu können. ■

## Oppositions-Druck bezwingt Residenzpflicht

**Nachdem in der Landtagssitzung am 24. Mai der gemeinsame Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE zur Aufhebung der Residenzpflicht im Landtag als erster Tagesordnungspunkt aufgerufen werden sollte, wurde 22. Mai ein Verordnungsentwurf des Innenministeriums bekannt, mit dem die sogenannte Residenzpflicht voraussichtlich zum 1. Juli 2013 in Thüringen aufgehoben werden soll.**

„Falls der Verordnungsentwurf unverändert in Kraft treten wird, ist dies eine längst überfällige Entscheidung der Thüringer Koalitionsregierung und ein Erfolg des langjährigen Protestes von Flüchtlingen, Flüchtlingsorganisationen und einer Vielzahl von Institutionen und Organisationen.“

Ohne den Antrag der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Ankündigung von SPD-Abgeordneten, entsprechend des verfassungsrechtlich garantierten Rechts von Abgeordneten nach ihrem Gewissen abzustimmen, hätte es nicht eine solche Verordnung gegeben.

Dass nicht bei beiden Koalitionspartnern humanitäre Motive für die nunmehrige Abkehr von der bisherigen diskriminierenden Regelung zu Grunde lagen, zeigt, wie notwendig gesellschaftlicher Druck außerhalb der Parlamente



und eine starke Opposition im Landtag sind“, erläuterte die flüchtlingspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Sabine Berninger.

Für die Thüringer Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erklärte Astrid Rothe-Beinlich, flüchtlingspolitische Sprecherin der Fraktion: „Dass die Aufhebung der Residenzpflicht solange gedauert hat, ist beschämend. Schließlich ist Bewegungsfreiheit ein Menschenrecht, das selbstverständlich auch für Asylsuchende und Geduldete gelten muss. Von daher ist der Ministerentwurf nach monatelanger Blockade der Koalitionsfraktionen richtig.“

Allerdings hat die Entscheidung zur Aufhebung der Residenzpflicht auch einen faden Beigeschmack, da diese offensichtlich erst durch eine Reihe von Deals innerhalb der Koalition zustande kam. Mit Menschenrechten dealt man

nicht.“ Die beiden Flüchtlingspolitikerinnen wiesen zudem darauf hin, dass die Verordnung bislang nur ein Entwurf ist. Und Papier ist bekanntlich geduldig. Zudem muss das Innenministerium noch die kommunalen Spitzenverbände beteiligen.

„Wie wir mit unserem gemeinsamen Antrag umgehen, werden wir noch entscheiden. Eines ist allerdings klar. Weitere Schritte für eine menschlichere Flüchtlingspolitik müssen selbstverständlich folgen. Dazu gehört unter anderem die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes auf Bundesebene und ein Ende der Einschränkung der Bewegungsfreiheit bundesweit“, so Sabine Berninger und Rothe-Beinlich abschließend.

*Archivfoto der Kundgebung des Flüchtlingsrats vor dem Landtag in Erfurt am 26. April* ■